

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Inhalt des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 50 Pfg. Postzusatz 2 Pf. 4000 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für die zweispaltige 10 Pfg., anständige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 182. Freitag, den 7. August 1903. 10. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

Wahlprüfungen.

Es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß der Streit um die Frage unserer Beteiligung am Präsidium des Reichstags auch den Parteitag in Dresden beschäftigen wird. Dabei ist aber leider bisher, so weit wir es beobachtet haben, in der Parteipresse eine andere Frage, die für uns weit höhere Bedeutung hat, nicht genügend berücksichtigt oder auch gänzlich übersehen worden. Es ist dies die Frage der Wahlprüfungen im Reichstage.

Nicht, als ob wir unzufrieden wären mit der Thätigkeit unserer Genossen in der Wahlprüfungskommission. Dieselben haben vielmehr in volstem Umfange ihre Pflicht gethan. Es ist ihnen gelungen, manche Wahl zur Beanstandung zu bringen, manche Beschlüßfassung zu beschleunigen. Wer da weiß, welche Mühe das Aufarbeiten der Wahlprotokolle macht, wird ihnen für ihre Thätigkeit nur großen Dank wissen.

Auf den Reichstag selbst möchten wir die Aufmerksamkeit lenken und für eine schnelle und gerechte Prüfung der Wahlprotokolle wirken.

Die Sozialdemokratie hat bei dieser Wahl in über 120 Stimmwahlen gestanden. Sie hat bei der Hauptwahl über 50, mit der Stichwahl insgesamt 81 Mandate erobert. Die Stichwahlmandate hat sie gegenüber den reaktionärsten und politisch widernatürlichsten Verbindungen unserer Gegner erobert. Freistimmige stimmten für Junker und umgekehrt, nationalliberale Kulturkämpfer für Zentrumsleute und umgekehrt. Durch dieselben Verbindungen ist die Sozialdemokratie in zahlreichen aussichtsreichen Stimmwahlen unterlegen. Meistens aber haben die Gegner ihren Sieg über uns nur davongetragen durch die erbärmlichsten Wahlbeeinflussungen, Ungefährlichkeiten und Bedrückungen der Wählerkreise.

Ueber letzteres gelangen nun die Proteste an den Reichstag, dessen Pflicht es ist, durch Kassirung solcher Wahlen Wahlfreiheit und Wahlgerechtigkeit zu sichern. Wir sagen: es ist seine Pflicht; ob er diese Pflicht erfüllt, steht auf einem anderen Blatte. Bisher hat er diese Pflicht nämlich nur in sehr loser Weise erfüllt. Hätte nicht die Sozialdemokratie durch ihre Vertreter in der Wahlprüfungskommission gedrängt und getreten, so würde diese Pflicht seitens des Reichstages noch weniger erfüllt worden sein. Namentlich in dieser letzten Legislaturperiode hat der skandalöse Zustand berechtigter Erbitterung hervorgerufen, daß bis in die letzten Lebensstage des Reichstages Leute im Hause geessen und abgestimmt haben, gegen deren Mandat begründete Proteste vorlagen, wobei es aber die Mehrheitsparteien verstanden haben, durch Anknüpfung der Beschlüßunfähigkeit des Reichstages und Veranlassung von Erhebungen über längst bewiesene Dinge die Entscheidung zu verzögern.

Es besteht die Gefahr, daß im neuen Reichstage die Mehrheitsparteien noch laager und reaktionärer in Erledigung der Wahlprotokolle verfahren werden als bisher, wenn die Sozialdemokratie nicht energisch drängt. Ja, vielleicht werfen sie die Maske ab und stellen sich offen und frech — genau so wie bei der Vergewaltigung der Antizoll-Minderheit — auf den Standpunkt des Unrechts und der Vergewaltigung.

Die Möglichkeit liegt nahe. Eine ganze Anzahl der angebotenen Mandate der Mehrheit werden bei einer Nachwahl sicher der Sozialdemokratie zufallen. Wir sind die unterlegene Partei und schon die bloße Ungünstigkeitserklärung hat die Wirkung, daß die Wähler sich nun auf die Seite der zu Unrecht Unterlegenen stellen. Kassirt der Reichstag die mit Recht angebotenen Mandate in rascher Reihenfolge, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß unsere Fraktion in vielleicht zwei Jahren auf 90 Köpfe angewachsen ist.

Mit Haß und Wuth haben die Gegner gesehen, wie wir die größte Wählermasse hinter uns sammelten und unsere Mandatsziffer auf 81 Abgeordnete brachten. Die Gefahr besteht, daß sie nun sich verbünden, um uns nicht stärker werden zu lassen. In allen solchen Fällen, wo ein Bürgerlicher auf Kosten des Sozialdemokraten das Mandat errungen hat, und folglich die Kassirung der Wahl uns nützt, werden die Gegner dieser Kassirung Schwierigkeiten zu bereiten suchen; damit können wir sicher rechnen.

Das vermögen sie, indem sie mit Traditionen brechen, gewisse Protestpunkte nicht mehr gelten lassen, die sie bisher ohne Weiteres zur Anfechtung der Wahl anerkannten, die Erhebungen bureaukratisieren, oder aber, wie bereits gesagt, ganz offen Ungefährlichkeiten, die gegenüber einem Sozialdemokraten geschehen, nicht mehr als solche anerkennen, wenn sie dieselben, zuvor sich selbst gegenüber geübt, auch anerkannt haben. Den Trabanten des Hollwuchers ist zuzutrauen, daß sie hochalochend also verfahren werden.

Selber vermag sich selbst anzumalen, wohin das führen würde. Es wäre das Wahlrechtsraub ohne Wahlrechtsänderung. Wenn die Reichstagsmehrheit geschehenes Unrecht nicht sühnt, sondern gutheißt, so ist

dies eine Aufforderung zu einer Wiederholung, und was bei der verflochtenen Wahl im Einzelnen geschehen ist, würde bei der nächsten Wahl allgemein geübt werden. Es wäre die Demoralisation des Wahlkampfes durch den Reichstag selbst. Das gleiche Wahlrecht bei uns in Deutschland besteht ganz wesentlich in der unverkürzten Freiheit seiner Ausübung. Ist diese unterwühlt, so nützt uns alles geschriebene Wahlrecht nichts mehr. Durch die Handhabung kann das Wahlrecht wesentlich verschlechtert werden.

Dieser, mit großer Wahrscheinlichkeit drohenden Gefahr muß nun die Sozialdemokratie begegnen. Sobald sich zeigt, daß die Gegner im Dunkel der Wahlprüfungskommission etwa zu derlei Mitteln übergehen wollen, muß Lärm geschlagen werden. Die Sozialdemokratie muß dann ihre ganze Macht einsetzen, daß die Wahlprüfungen — deren Langsamkeit ohnedies eine stehende Klage im Lande ist — rasch, gründlich und gerecht erledigt werden. Diese Frage, deren glückliche Entscheidung eine tatsächliche Stärkung unserer parlamentarischen Macht bedeutet, halten wir für weit wichtiger, wie die ganze Frage über die eventuelle Beteiligung der Sozialdemokratie am Reichstagspräsidium.

Der Partei werden im Reichstage gewaltige Kämpfe erwachsen. Sie wird sich ausgedehnter als bisher an den Debatten beteiligen können und bei Abstimmungen mehr ins Gewicht fallen. Das aber schärft auch den reaktionären Haß wider uns. Was im vorigen Reichstage Ausnahme war, die Terrorisirung beim Zolltarif, wird sich im kommenden Reichstage oft wiederholen. Vielleicht wird die Geschäftsordnung noch strenger in die Hand des Präsidenten gegeben. Zeigen wir uns auf dies Alles vorbereitet, suchen wir nach Möglichkeit in den Nachwahlen die Zahl unserer Vertreter zu stärken. Es ist das beste Mittel, sich Macht und Bedeutung zu verschaffen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Reichstagsersatzwahl. Nach einer Meldung aus Dessau findet daselbst die Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hofmeister am 3. September statt.

Die Gehe der Scharfmacher gegen das Reichstagswahlrecht wird mit Hochdruck weiter betrieben, und zwar unter Anwendung des Tricks, durch das Wahlrecht in seiner gegenwärtigen Form werde der Bestand des Reiches selbst und die Hohenzollern-Dynastie gefährdet. Selbstverständlich ist es besonders die ehemals Stumm'sche „Post“, die domnend auf diesem Gedanken herumreitet. Zutreffend bemerkt dazu die Berliner „Volkstztg.“: „Die angebliche Sorge um das Fortbestehen des Reiches und die Dynastie ist nichts weiter als argste politische Heuchelei, als das Mittel zu dem langgehehnten Zwecke der Reaktion, endlich das tödlich gehaftete gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu vernichten. Dieses Streben hat nicht etwa in der letzten Reichstagswahl seinen Ursprung; seit Jahr und Tag arbeitet die Reaktion an der Erreichung ihres verwerflichen Zieles mit einer Konsequenz und einer wahrhaft jesuitischen Verschlagenheit.“ Sekundiert bei der Behandlung des beliebten Themas wird die „Post“ noch von der „Kreuzztg.“ mit einem Artikel „aus der Provinz“, dessen Schreiber sich den Kopf über die Sozialdemokratie und die Zukunft des deutschen Reiches zerbricht und dabei die nachstehende unglückliche Behauptung aufstellt: „Alle Rechte, die man den unteren Klassen gegeben hat, vor allem das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das dem urtheilslosesten Deutschen dasselbe Urtheil wie dem sittlich und geistig Höchststehenden gewährt, die Kranken- und Altersklassen und wie alle die anderen zum Schutze unserer bedürftigen Klassen erwiesenen Wohlthaten der Gesetzgebung heissen, hat die Sozialdemokratie für ihre agitatorischen Ziele verworfen. Man hat die Steuern der unermitteltesten Klassen von deren Schultern auf die der Reichen gelegt; die Agitatoren der Sozialdemokratie erheben sie doppelt.“ — Eine unverschämtere Verdrehung der Wahrheit ist wohl selten vorgekommen. Wer trägt denn die ungeheuren indirekten Steuern auf die notwendigen Lebensmittel, aus denen das agrarische Junkerthum seine fetten Liebesgaben zieht, als das arbeitende Volk, das der feudale Herr Verfasser des Artikels das „untere“ zu nennen beliebt? Wer wird durch den neuen Wrobertheuerungszoll, den die agrarische Mehrheit des letzten Reichstages unter brutaler Vergewaltigung alles parlamentarischen Rechts dem deutschen Volke aufgedrückt hat, getroffen, wenn nicht der Arbeiterstand? Für wen ist in der Agrarischen Fleischwuchers ein der wichtigsten Nahrungsmittel nahezu unerreichbar geworden? Nicht für die „nothleidende“ Landwirtschaft und das ökonomische Junkerthum, die Liebesgaben-Pründer, sondern für das Volk. Und angesichts dieser Thatfachen, die wir uns einem großen Kreise herausgreifen, wagt es das Junkerblatt, zu behaupten, die Steuerlast sei von den Schultern der unermitteltesten Klassen auf die der Reichen gelegt worden! Es gehört die ganze Dreifigkeit des Blattes mit dem eisernen

Kreuz an der ehernen Stirn dazu, derartiges dem arbeitenden Volke ins Gesicht zu schleudern!

Regierung und Wahlrecht. Auf die Behauptung des dieser Tage vom „Vorwärts“ zuerst veröffentlichten Giesebrecht'schen Wahlrechts-Birkulars, daß die Regierung die Diätenforderung als willkommenen Anlaß zur „unabweislichen Revision des Reichstags-Wahlrechts“ nützen wolle, hat die Presse des Reichstagskanzlers bisher kein Wort gefunden!!

Um uns Sozialdemokraten das Zuhofegehen schmählicher zu machen, glaubt die „Frankf. Bzg.“ mit folgenden Illustrationen über die Keckheit Wilhelms II. dienen zu müssen: „Es geht bei den Empfängen des Präsidiums und bei sonstigem Zusammentreffen des Kaisers mit Parlamentariern nicht immer bloß so zu, wie es dann in Berichten an die Öffentlichkeit gelangt. Das Beste wird zuweilen verschwiegen. Es haben schon Präsidenten, die nicht liberal waren, Herr v. Lebekow und, wenn wir nicht irren, auch schon Graf Ballestrem recht offen mit dem Kaiser gesprochen und die Rechte des Parlamentarismus gewahrt und ihre Ueberzeugungen. Es hat ihnen nichts geschadet. Es ist eine falsche Vorstellung, daß solche Begegnungen sich nur nach der Schablone der Hofetikette abspielen. Das Wort: „Sie sind ein mächtiger Dickkopf!“ entspricht z. B. nicht den gewöhnlichen Anschauungen über den Hofton; die Replik „Eure Majestät sind ja wohl auch ein Märker“, wird manchen überraschen. Der Kaiser hat sie unseres Wissens ruhig und lachend aufgenommen, und sie hat seine Schätzung des Mannes nicht vermindert, der nebenbei bemerkt, sogar auch eine Uniform trug. Also so schlimm ist die Sache mit dem Zuhofegehen nicht, wenigstens nicht für Leute, die sich darüber klar sind, daß die Stärke der Ueberzeugung nicht vom starken Tone abhängig ist.“ — Das tröstet uns kolossal. Also nur her mit den Kniehosen!

Das alldeutsche Fiasko. Da in absehbarer Zeit in den Groß- und Industriestädten „nationale Wahlen“ nicht zu erzielen sein werden, so wollen die Alldeutschen nunmehr ihre Werbearbeit in den Landstädten und auf dem flachen Lande betreiben. Dieser resignirten Einsicht giebt ein Birkular Ausdruck, das soeben an die Mitglieder des Alldeutschen Verbandes versandt wird. — Herr Haffe und seine Getreuen werden bald finden, daß die Bauern für das alldeutsche Evangelium ebenso wenig empfänglich sind wie die Arbeiter in den Städten. Vielleicht entschließen sie sich dann, sich selbst nach den Kolonien zu deportieren, wo die Alldeutschen, wie man hört, schon größere Länderstrecken zu Spekulationszwecken angekauft haben. Das unanfechtbare Vaterland würde diesen sonderbaren Schwärmern sicherlich keine Thräne nachweinen.

Geldfachs-Wahlrecht. Erst dieser Tage berichteten wir, wie infolge des Todes Krupps und eines Kommerzienraths die Vertheilung der Wähler bei den Effener Kommunalwahlen stark beeinträchtigt werde, so daß plötzlich zahlreiche Wähler in ihrem politischen Einfluß durch Aufrücken in eine höhere Klasse gefährdet würden. Eine umgekehrte Entwicklung haben die Dinge in Elbing genommen. Dort waren im vorigen Jahre noch 80 Wähler in der ersten Abtheilung vorhanden. Seitdem hat aber der Geh. Kommerzienrath Hiese, der Schwiegerjohn des Begründers der Schichauschen Werft und bisherige Mitbesitzer dieses Werkes, das letztere allein erworben und ist nunmehr nicht bloß der stärkste Steuerzahler Elbing's, sondern der einzige Wähler der ersten Abtheilung. Seine 79 Genossen vom vorigen Jahre sind jetzt in die zweite Abtheilung gekommen! So vertheilt der blindeste Zufall des Geldbesitzers das höchste Staatsbürgerrecht.

Für Aufhebung der katholischen Wochenfeiertage, soweit sie in die Erntezeit fallen, plädiert jetzt die ultramontane Presse in Bayern. Natürlich veranlaßt sie zu solchem Vorgehen lediglich die Rücksicht auf die agrarischen Unternehmer. So schreibt z. B. ein Zentrumsparocher der „Augsb. Postztg.“: „Niemals schreien mehr Sünden zum Himmel, als gerade an solchen Tagen. Das wird mit der Zeit immer ärger: denn bereits haben die ländlichen Dienstboten angefangen, sozialdemokratisch zu werden, und das heißt für ländliche Verhältnisse religions- und autoritätslos.“ Die bischöflichen Ordinariate sind jedoch mit der vorgeschlagenen Verlegung der Feiertage auf die Sonntage nicht recht einverstanden und empfehlen, zur Einschränkung der feiertägigen „Ausweisungen“ die Einführung der Räteigkeitsbruderschaft in den Dörfern. Ueber diesen Vorschlag sagt ein anderer Geistlicher: „O heiliger Johannes! Möchtest du doch wieder auf die Welt kommen und diese Bruderschaft einführen und verbreiten! Uns Pjarrer lacht man ja bloß aus.“ — Diese Auslassungen sind jedenfalls ein Zeugniß dafür, daß es auch auf dem Lande dämmert.

Das vielgepriesene Handwerkergesetz zittigt, wie von der Sozialdemokratie gleich im Voraus angekündigt wurde, wenig erfreuliche Erfolge. In Neustadt a. H. theilte der Vorsitzende mit, daß er von der Handwerkerkammer einen „Kaffee“ bekommen habe, weil derselbe von ihr zu den Lehrlingsprüfungen abgeordnete Kammermitglieder nicht gebührend

von den Prüfungsmeistern respektiert worden sei. Die Bau-
gewerksmeister waren nämlich verschuldet, weil die Hand-
werkskammer ihnen einen Schutzmacher zum leitenden Vor-
sitzenden abgeordnet hat. Ein Prüfungsmeister erklärte:
„Ich komme überhaupt nicht mehr zu den Prüfungen. Der
Kram (damit sind die Prüfungen gemeint) hält doch
nicht mehr lange an, in 5 Jahren ist die Ge-
schichte wieder aufgehoben!“ Ein anderer Prü-
fungsmeister rügte es, daß bei Beginn der Prüfung bereits
das fertige Gesellenstück vorgelegen hätte, während es unter
den Augen der Kommission anzufertigen sei. Auch über eine
feste Abnahme der Mitgliederzahl wurde geklagt. — Das
Mißlingen aller Herumdokumente am Handwerk wird schließ-
lich wohl selbst den fanatischsten Zunftkämpfern die Ueber-
zeugung beibringen, daß kein Gesetz mehr im Stande ist,
dem Handwerk den bewußten „goldenen Boden“ zurückzu-
geben. Die wirtschaftliche Entwicklung erweist sich eben
stärker als jedes Gesetz!

Ein neuer Fabrikantenring hat sich gebildet. 14
westfälische Zementfabriken beschloßen, wie die „Röln.
Volksztg.“ aus Dortmund meldet, die Bildung eines Ver-
bandes westfälischer Zementfabriken, zunächst für 1904. Es
fehlen noch die Unterschriften von Vertretern dreier Werke,
deren Einläufe bis zum 8. August sicher erwartet wird.

Der „geheime Hofrath“. Wie es ein Minister macht,
wenn er eine Sache nicht kennt, hat Graf Bülow nach
einem Ständchen des Kölner Männergesangsvereins „Poly-
hymnia“ in Nordbrunn nach der „Röln. Ztg.“ in einer kleinen
Ansprache auseinandergelegt. Er sagte, die Sänger hätten,
wenn er eine Genitur auszuheilen hätte, 12 bekommen. „Das
ist wenigstens die Ansicht meiner Frau, auf die ich in musika-
lischen Dingen gern viel Werth lege. Wenn Sie vielleicht
gehört haben, von Musik verstehe ich nicht viel, und wo das
musikalische Gebiet beginnt, hört bei mir das eigene Urtheil
auf, so will ich Ihnen sagen, wie es ein Minister
macht, wenn er eine Sache nicht kennt. Es soll
nämlich auch vorkommen, daß ein Minister über eine Sache
nicht Bescheid weiß, dann holt er sich einen geheimen
Hofrath und der muß es erklären. Mein geheimer
Hofrath ist in musikalischen Dingen meine Frau, und ich
habe das größte Vertrauen zu ihr. Sie war von Ihrem
Gesang ganz entzückt. Was ich aber, meine Herren, sehr
wohl verstehe und wohl zu würdigen weiß, das ist die gütige
Genehmigung, die Sie zu mir geführt hat.“ u. s. — Nun weiß
man wenigstens, weshalb es so viele Geheimnisse giebt.

Die Wurmkrautheit ist durch italienische Arbeiter
aus nach Ober-Schlesien verschleppt worden.
Die Ausländer umgeben, wie die „Schlesische Volkszeitung“
schreibt, die für westfälische Arbeiter geltenden Sonderbestim-
mungen, indem sie sich, um auf ober-schlesischen Gruben an-
zulegen zu können, zunächst wieder in ihre Heimath wenden,
von wo sie sich, mit neuen Papieren ausgerüstet, nach Ober-
schlesien begeben. Natürlich wird in den Papieren nichts
davon gesagt, daß ihre Inhaber vorher in Westfalen thätig
waren, so daß sie ohne weiteres angenommen werden. Die
Gruben dürfen nach einer neuen Bestimmung solche Arbeiter
nur noch nach genauer ärztlicher Untersuchung im Lazareth
in Arbeit nehmen.

Neue politische Nachrichten. Die Wahlkosten
des bayerischen Bauernbundes für die letzten
Wahltagessitzungen sollen, wie dem Münchener Centrum-
blatt, dem „Bayer. Kur.“, von angeblich zuverlässiger Seite
aus dem Lager des Bauernbundes berichtet wird, beson-
ders in dem obbayerischen Theil vom Bund der
Landwirthe bezahlt worden sein. — Ein
Delegirtenkongress der nationalliberalen
Partei des Königreichs Preußen ist für Ende
September in Aussicht genommen; er soll in Hannover
abgehalten werden. — Der unter Essener Parteivorstand,
die „Volkszeitung“, wurde ein Antrag gestellt
wegen Verleumdung des Seeoffiziers, der
wegen eines Anfalls über einen Besuch bei
Häuser. — Die erste Sitzung der Handels-
vertragsdelegirten in Petersburg hat Mit-
wochmittaggefunden. — Der österreichische Spionage-
Prozess gegen Bronislaw Ossolinski endete mit
der Verurtheilung des Angeklagten zu einem Jahre
schweren Kerker. — Nach einer Meldung der „Köln.
Ztg.“ soll in Belgrad ein Generalmajor verurtheilt
worden sein, weil er angeblich dem Militär-
attaché eines Nachbarstaates Spionendienste ge-
leistet hat. — Gerüchte von einem Attentat
gegen den jungen König von Spanien gehen
wieder einmal durch die Presse. Die spanische Regierung
erklärt dieses Gerücht für unbegründet, ebenso sei es
nicht richtig, daß der König erkrankt sei. — Dem
Austrianischen Parlament von Katal lag ein Antrag vor,
dem Feldmarschall Sir George White in Ladysmith ein
Denkmal zu errichten. Der Antrag wurde mit 18
gegen 16 Stimmen verworfen.

Norwegen.

Operation gegen den russischen Despotismus.
Der hiesige christliche Arbeiter in mehreren Zeitungen
einen Artikel, worin er das Solidaritätsgefühl der Kultur-
völker gegen die Gräueltaten des russischen Despotismus anrief,
die in russischen Sozialisten ihres Verhaltens wegen lobte
und an die jüdischen Kapitalisten in Frankreich die Mahnung
richtete, doch nicht immer wieder, wie das bis jetzt der Fall
gewesen sei, durch Beistand der russischen Auliken dem
Despotismus, der ihre eigenen Selbstzwecke unerschrocken ab-
schützen ließe, die Unterstützung zu leisten. Kapitalisten
„Sozialdemokraten“ bewacht hierzu, daß das Verhalten jener
Kapitalisten in den Gesetzen des Rechtsstaats, in legisla-
tiven System selbst keinen Grund hat und die Mahnung
Opportunisten völlig grundlos sei. „Das große, mächtige Kap-
ital“ wird Geld in unerschöpflicher Menge zur Unterdrückung
jener kapitalistischen Despotie einsetzen. Die einzige
Möglichkeit der Zukunft ist die durch die Sozialdemokratie.
Das ist die einzige Macht, welche Russlands Despotie zu
Folge hat.

Russland.

Gastpflicht für Jubilare. Ein in Vorbereitung
befindliches Gesetz über die Gastpflicht der Jubilare bei
Anlässen ihrer Arbeit und Angehörigen hält die Jubilare
der russischen und ausländischen Arbeiter streng
entweder, die Bestimmungen des Gesetzes auf den letz-
teren zu Gunsten zu lassen, wird dem Kaiserlichen
nur für den Fall anempfiehlt, daß deren Heimathstaaten
keinen Anstoß an der Abhaltung von Handelsverträgen
in ihren Handel mit dem Kaiserreich die Meistbe-
günstigung erweisen.

Wegen Verdachts nihilistischer Umtriebe wurde
die Tochter des in Kalisch angelegenen Ban-
kiers Ramroth verhaftet. Diese studirt in Krakau
und wollte die Eltern besuchen; hierbei wurde ihr ein Brief
mit nihilistischem Inhalt beim Passiren der Grenze abge-
nommen. Bei einer darauf vorgenommenen Hausdurchsuchung im
Elternhause wurde nach der „Pösem. Ztg.“ eine größere
Anzahl solcher Bücher vorgefunden; auch die Verhaftung des
Sohnes und Mitinhabers der Firma soll bevorstehen.

Schweiz.

Zoll auf Ansichtspostkarten. Wie die „Nationallib.“
Korresp.“ mittheilt, beabsichtigt die Schweiz in ihrem neuen
Zolltarif farbige Postkarten mit einem Zoll
von 150 Frank pro Kilo zu belegen. Da die Her-
stellung der Ansichtspostkarten in Deutschland einen großen
Umfang angenommen hat, würde ganz besonders die deutsche
Industrie unter diesem Zoll zu leiden haben. Wie übrigens
die „Schweiz. Dep.-Agent.“ vernimmt, werden die vom
schweizerischen Bundesrath bezeichneten Bevollmächtigten für
die Handelsvertragsverhandlungen Ende September in Thätig-
keit treten können. Es handelt sich zunächst um die Ver-
handlungen mit Deutschland allein. Der Ort der Verhand-
lungen ist noch nicht genau bestimmt.

Italien.

Die italienische Regierung und der Vatikan.
Ministerpräsident Zanardelli unterlagte allen
Staatsbeamten die Theilnahme an den
Pappfeiern, da Papp Pius X. Italien seine Wahl
nicht anzeigte. — Unser römisches Parteiorgan, der „Avanti“,
begrüßt den neuen Pöpst als den Besten, den das Kardinal-
kollegium wählen konnte, und lobt auch, daß er von Repo-
sitismus (Wetterwirthschaft) nie etwas wissen wollte.

Holland.

Bäckerlohn in Holland. Die holländische Regierung
hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der demnächst der
Kammer vorgelegt wird und eine Regelung der Arbeitsver-
hältnisse in den Bäckereien ins Auge faßt. Die Arbeitszeit
für Bäckergehilfen soll danach auf elf Stunden täglich
beschränkt werden, doch erhalten Bäckereien, in denen täglich
nur zehn Stunden oder weniger gearbeitet wird, das Recht,
an bestimmten Tagen bis zu 16 Stunden arbeiten zu lassen.
Die Arbeit darf jedoch in keinem Falle vor 2 Uhr Nachts
beginnen, außerdem muß jedem Bäckerarbeiter nach dem
Entwurf eine ununterbrochene Ruhezeit von
36 Stunden pro Woche gewährt werden. Zwischen
8 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens in Großbetrieben, in
Kleinbetrieben zwischen 9 Uhr Abends und 5 Uhr Morgens
soll jedem Arbeiter eine ununterbrochene Pause von acht
Stunden gewährt werden. Lehrlinge und unter
17 Jahren stehende Personen dürfen in keinem
Falle länger als zehn Stunden beschäftigt werden.

Belgien.

Ueber die Grenzvertheilung im Kongostaat
veröffentlicht die Londoner „Daily News“, die eine Unter-
redung mit einem Herrn Sokrates Paskopoulos wieder-
geben, der jüngst aus dem Kongostaat, in dessen Diensten er
gestanden hat, zurückgekehrt ist, ein neues Zeugnis. Paskopoulos
führte u. a. aus: „Sklaverei, gemildert“ durch
Kriegsgefahren, das ist das System des Kongo-
staates. Der Stationschef sendet Befehl in die umliegen-
den Dörfer, worin er die Eingeborenen beauftragt, jeden
Sonntag so und so viel Kautschuk oder Elfenbein beizubringen;
wenn diesem Befehl nicht in genügender Weise
nachgekommen wird, wird sofort eine Abtheilung Soldaten
ausgeschickt und es beginnt eine richtige Menschenjagd; die
Soldaten erschließen jeden Mann, Weib oder Kind, dessen sie
habhaft werden, und begeben ungehindert alle Arten von
Grausamkeiten, die die Erbdingungsgebe eines Eingeborenen
erinnern kann. Ich kann Ihnen den Namen eines belgischen
Offiziers nennen, der, als ihm eines Tages ein Negerhau-
ptling 20 Kilogramm Kautschuk zu wenig sandte, mit seinen
eingefahrenen Soldaten auszog und 72 Männern die
rechte Hand und 17 Weibern die Brüste ab-
schneiden ließ. Einige dieser verflümmelten Männer
und Weiber habe ich selber gesehen. In diesem Falle wurde
eine Untersuchung eingeleitet und der Offizier wurde zu 20
Jahren Gefängnis verurtheilt. Aber ein intimer Freund
dieses Kommandanten ermahnte nicht nur die Flucht, son-
dern er brachte den Offizier sogar öffentlich durch die Straßen
und ließ ihm auf den Weg!“ — Die belgische Regierung
wird nicht unthun können, auf diese neuen sensationellen Ent-
wicklungen zu reagieren.

Rumänien.

Ein rumänischer Militärskandal. Großes Auf-
sehen erregt in Bukarest ein Militärskandal, welches sich
in der Jagdarmee zu Craiova abspielt hat. Am
16. Januar ds. J. stellte sich in den Weg des königlichen
Zuges, welcher den König von der Parade bei der
Wasserscheide zum Schlosse brachte, der Soldat Georg
Jipajoiu vom ersten Jägerbataillon. Der König ließ
den Wagen halten, und nun beschwerte sich der Soldat, daß
er in der Kaserne von seinem Chef mißhandelt werde.
Der König ließ den Soldaten in die Wachkammer ab-
führen, beauftragte aber einen höheren Offizier mit der
Untersuchung der Affäre. Der Schluß war, daß der Soldat,
weil er sich nicht auf dem Insanzenwege beschwert hatte, mit
30 Tagen Arrest bestraft wurde, — was aber sonst ge-
wöhnlich nicht bekannt. Die Bukarester Blätter behaupten nun,
daß Jipajoiu, zu seinem Bataillon zurückgekehrt, abermals
mißhandelt werden sei, trotz königlicher Verwarnung. Am
Donnerstag ergriff nun der Soldat sein Mauthschwert
und schloß mit zwei wohlgezielten Schüssen seinen Wacht-
meister Jipajoiu und seinen Hauptmann Georgescu zu Boden.
Euphorisch verließ er die Stelle, letzterer nach kurzer Zeit.
Der Soldat aber fügte sich dem zweiten Stodwerk in der
Hof selbst nach Verübung der That. Er erlitt nach der
„Frankf. Ztg.“ einen Schädel- und Beinbruch, jedoch hofft
die Heilung, um ein Leben erhalten zu können. So wird die
Frage der Soldatenmißhandlung aufs Tapet gebracht in
dem Augenblicke, in welchem man sie, infolge der königlichen
Verordnung, welche ausdrücklich das Mißhandeln der Soldaten
verboten hat, für erledigt befragt hielt.

Balkan.

Der Zug. Die Aufstandsbewegung in
Mazedonien scheint nach den neuesten Nachrichten

neuerdings aufzulobern. Auch mazedonische Kreis-
gaben nach der „Frankf. Ztg.“ zu, daß ein Wiederaufleben
der Bandenthätigkeit zu erwarten ist.

Ostasien.

Wetterwolken ballen sich offenbar am politischen
Himmel Ostasiens zusammen. Wie es scheint, ist England
bemüht, in Japan Stimmung für einen kriegerischen Vor-
stoß gegen die von den Russen besetzte Mandchurie zu
machen. Andererseits rüstet sich Rußland unausgesetzt
laut englischen Berichten aus Port Arthur hat die russische
Regierung in Befolg der Vorschläge der jüngsten Konferenz
13 Millionen Rubel für weitere Befestigungen bewilligt, ins-
besondere für den Schutz von Dalnij. Nach Vollendung
dieser Verteidigungswerke wird eine fortlaufende Linie
starker Forts von Port Arthur nach Dalnij vorhanden
sein, die sich 56 Km. längs der Küste ausdehnen wird.
2000 Mann russischer Truppen sind von Moskau im
Port Arthur angekommen und weitere 14 000 Mann
sollen dahin unterwegs sein. Auch China rüstet. Da im
August das Verbot gegen die Wassereinfuhr abläuft, hat der
Bischof Kwantschui 23 000 Gewehre und 48 Feldgeschütze
in Japan und 50 Maschinengeschütze in Deutschland bestellt.
Während die Chinesen in der Mandchurie kategorisch die
Möglichkeit eines Krieges bestreiten, lauten die russischen
Nachrichten aus Peking weniger beruhigend. Am Chi-
nesischen Hof scheinen wichtige Dinge vor-
zugehen. Die Chinesen beobachten den Europäern gegen-
über die größte Verschwiegenheit, niemand weiß, was die
Peking Regierung plant, doch scheint der Grundgedanke
„China für die Chinesen“ große Aussicht zu haben,
dort mehr zur Geltung zu kommen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 6. August 1903.

Parteigenossen

in

Mecklenburg und Lübeck!

Der diesjährige Parteitag für beide Mecklenburg und
Lübeck findet am 6. und 7. September in Lübeck
(Vereinshaus, Johannisstraße 50) statt. Die Tagesord-
nung ist folgende: 1) Bericht des Vertrauensmannes für
beide Mecklenburg. 2) Kassenbericht. 3) Situationsbericht.
4) Agitation und Organisation. 5) Unsere Presse. 6) Be-
rathung über etwaige gestellte Anträge. 7) Wahl des
Vertrauensmannes für beide Mecklenburg. — Die Partei-
genossen werden aufgefordert, die nöthigen Vorarbeiten
zum Parteitag unverzüglich vorzunehmen, und vor allen
Dingen dafür Sorge zu tragen, daß mindestens jeder Ort,
an dem sich irgend eine Anzahl Genossen befindet, einen
Delegirten zum Parteitag entsendet. Etwaige beim
Parteitag zu stellende Anträge, sowie die Namen der
Delegirten sind bis spätestens Donnerstag, den
27. August, dem Unterzeichneten zu übermitteln, worauf-
hin dann den Betreffenden die Mandate zugestellt
werden.

Ebenso sind dem Parteitag betreffende Anfragen an
Unterzeichneten zu richten.

Der Vertrauensmann für beide Mecklenburg:

M. Erdbeer.

Rostock, Patriotischer Weg 79, 80.

Zu den Wahlbildern in der Festnummer des „Lübecker
Volksboten“ geht uns von einem Hamburger Freund unseres
Blattes folgendes Poem zu:

Das Abenteuer der fünf Ritter.

Eine tragische Geschichte.

Es ritten fünf Ritter zum Thore hinaus,
Bereit und gerüstet zum männlichen Strauß;
Sie wollten den Thebje erlegen.
Der Thebje, der sah da ganz hoch auf dem Thor
Und hielt seine Fahne, die rothe, empor.
Der sagte: „Na, denn meinewegen!“

Die Ritter, geschwollen von Eifer und Muth,
Raum konnten sie zügeln die eigene Gluth
Und ihre Partei-Kolonnaten.
Sie stolperten auf ihren Säulen herbei,
Erfüllten die Lüfte mit ihrem Geschrei,
Als ernst sie den Thorthurm beranntem.

Der erste, ein Ritter mit schiedigem Gaul,
Mit knickenden Beinen und geiferndem Maul,
Der Liberalismus geheßen.
Die Mähre, ein Wallach aus Bismarcks Gestalt,
Ist alt und ist blind und ein tüchtich Gemüth,
Kann heut' nur noch geifern, nicht beißen.

Der Schildknappe Eugens als zweiter jetzt nach:
Will retten die Ordnung und retten den Staat,
Vor allem den Geldsack beschützen.
Für Freiheit schwärmt er; doch dient er als Knecht
Dem Junker aus Osten und ipreist sich noch recht,
Und reitet durch Psuhl und durch Psügen.

Der dritte im Bunde ein Naumannlein ist,
Halb Panzerkrieger und halb Sozialist;
Auch er will die Beste bezwingen.
Sein Spieß ist gar lang und er fuchelt umher,
Als ob er des Sieges ganz sicher schon wär,
Als müßte ihm alles gelingen.

Nun aber der vierte! Ein hinkender Gaul
Deran trägt den Ritter vom klaffenden Maul,
Den brüllenden Antisemiten.
Daneben als fünfter, von Pfaffen gesandt:
Ein Rabuliste, gar fein und gemandt,
Möcht' auch sich zum Kampfe er bieten.

Fünf Ritter bestürmten mit Eifer das Thor
Und machten Spektakel und machten Rumor
Und zeigten sich wader im Toben.
Doch Thebje, der hat sich in's Häuschen gelacht:
„Ihr habt euch die Sache zu leicht doch gedacht;
„Ich sitze ganz sicher hier oben!“

Der Abend brach an und der Strauß war nun aus
Da zogen fünf Ritter gar traurig nach Haus:
Die Ohren liegen sie hangen.
Sie griffen nach Salben und Pflastern in Eil:
Sie hatten viel Schmerzen am breitesten Theil,
Worauf sie die Schläge empfingen.

Die Hunde der Ritter, so eifrig zehet,
Die künden ihre Empfindungen jetzt
Durch Heulen theils oder durch Klaffen.
Die Hundeviehtheil, gar gut kennt man sie:
Es ist ja die Presse der Bourgeoisie,
Wo Rüter in Menge zu treffen.

Den „Lübeckischen Anzeigen“ ins Stammbuch. Der Wahrheit die Ehre giebt jetzt nach den Wahlen der nationalliberalen „Hann. Courier“, wenn er schreibt: „Auf die Gefahr des Alkohols wird in den Gewerkschaften in der letzten Zeit in erfreulicher Weise hingewiesen. Es giebt fast kein größeres Gewerkschaftsblatt, in dem nicht die Arbeiter vor dem Alkohol-Konsum oder wenigstens vor dem übermäßigen Alkoholgenuß gewarnt worden wäre. Theils in kurzen Notizen, theils auch in langen, von ärztlicher Seite kommenden Artikeln wurde den Lesern klar gemacht, daß der Alkohol bestenfalls keinen Nutzen bringt, daß er aber, in größeren Mengen regelmäßig genossen, zur physischen und moralischen Degeneration führen muß, den Arbeitern wird klar gemacht, daß dem Aufstieg zu einer höheren Lebensführung, zur Bildung und Gesittung, zur inneren wie äußeren Befreiung als einer der größten Feinde der Arbeiterklasse gegenübersteht. Man kann wohl hoffen, daß die Arbeiterpresse mit ihren eindringlichen Mahnungen auch Erfolge erzielen wird. Wenn früher der Arbeiterpresse oft vorgeworfen wurde, daß sie den Schäden des Alkoholgenußes in Arbeiterkreisen nicht die genügende Aufmerksamkeit zugewendet hat, so läßt sich dieser Vorwurf jetzt nicht mehr aufrecht erhalten.“ — Endlich einmal ein ehrliches Eingeständnis, wie sehr von nationalliberaler Seite im Wahlkampf gelogen worden ist. In geradezu schamloser Weise wurde die Sozialdemokratie von den „L. A.“ bezichtigt, daß sie den Alkoholgenuß begünstige, und zwar im Parteiprogramm, daß sie kein Wort des Tadels habe für die der Trunksucht Fröhlichen usw. usw. Was sagen die Herren im Adreßhause denn zu diesem offenen Bekenntnis???

Gewerkschafts-Ausflug. Die beteiligten Gewerkschaften und Vereine werden in folgender Reihenfolge im Zuge nach Israelsdorf marschieren:

- Erster Zug.
1. Hafenarbeiter (zentral) alle Sektionen.
 2. Arbeiter-Radfahrer Verein.
 3. Gefangenen Eintracht.
 4. Löffler.
 5. Buchdrucker.
 6. Müller.
 7. Brauer.

- Zweiter Zug.
8. Fabrikarbeiter.
 9. Moislinger Arbeiter-Verein.
 10. Maschinisten und Heizer.
 11. Schiffszimmerer.
 12. Schmiede.
 13. Tapezierer.
 14. Lithographen und Steindruck.
 15. Buchbinder.
 16. Stenarbeiter und Steinzeiger.

- Dritter Zug.
17. Handels- und Transportarbeiter.
 18. Hafenarbeiter (Lokal).
 19. Maler.
 20. Kupferschmiede.
 21. Holzarbeiter.
 22. Verstorbeiter.
 23. Barbier.

- Vierter Zug.
24. Metallarbeiter.
 25. Wasser.
 26. Bildhauer.
 27. Arbeiter-Turnverein.
 28. Böttcher.
 29. Formner.
 30. Dachdecker.
 31. Stukkateure.
 32. Bauarbeiter.
 33. Schlächter.

- Fünfter Zug.
34. Schuhmacher.
 35. Schneider.
 36. Seelente.
 37. Maurer.
 38. Tabakarbeiter.
 39. Zimmerer.

Die Herstellung eines Radfahrweges in der Fackelburger Allee, zwischen Lindenplatz und Schwartauer Allee, die bereits in der Bürgererschaft beschlossen worden ist, gestaltet sich zu einer immer dringenderen Nothwendigkeit. Bei dem jetzigen Zustande kann man es fast als ein Wunder bezeichnen, daß sich dort noch keine Unglücksfälle von Radfahrern ereignet haben. Insbesondere ist die Benutzung des für Radfahrer bestimmten Theils der Straße bei Regenwetter mit Lebensgefahr verknüpft. So hätte sich gestern an jener Stelle bald ein schwerer Unglücksfall ereignet. Ein Radfahrer kam mit seinem Stahlrohr infolge des altschwarzen Pflasters zu Fall und zwar befand er sich mit seinem Körper auf den nahen Straßenbahnschienen. In demselben Augenblick kam auch schon ein Straßenbahnwagen herangefahren. Zum Glück gelang es dem Radler, sich rechtzeitig zu erheben, jedoch er dieses Mal noch mit dem Schrecken davonkam. Hoffentlich beginnt man mit recht bald mit der Herstellung des beschlossenen Radfahrweges an jener Stelle. Das ist jedenfalls nothwendiger, als die bereits in Angriff genommene Herstellung des Radfahrweges in der Falkenstrasse.

Die Vereidigung des neuen Senators in gestern Mittag in Gegenwart des Bürgerausschusses erfolgt.

Ein aufregender Zwischenfall ereignete sich gestern Abend auf der hiesigen Sommerbühne während der Auf-führung von „Kabale und Liebe“. Im letzten Akt kam die Darstellerin der Luise, Fr. Walthers, einem auf dem Tisch stehenden Tisch mit ihrem aufgelösten Haar zu nahe und im Nu stand letzteres in hellen Flammen. Ein Schrei des Entsetzens ertönte aus Aller Mund. Der Geistesgegenwart des Partners der Dame gelang es, das Feuer sofort zu erlöchen und so ein größeres Unglück zu verhüten. Die Vorstellung wurde trotzdem zu Ende gespielt.

Wöchnerinnen-Unterstützung an Ehefrauen von Rassenmitgliedern. Es ist kritisch unter den Krankenkassen, ob sie nach der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 25. Mai 1903 den Ehefrauen der Rassenmitglieder Wöchnerinnen-Unterstützung gewähren dürfen. Einerseits wird die Auffassung vertreten, aus den bei der Neu-redaktion des Gesetzes vorgenommenen Änderungen ergebe sich die unbeabsichtigte Rechtslage, daß den Ehefrauen der Rassenmitglieder eine Wöchnerinnen-Unterstützung nicht mehr gewährt werden dürfe. Auch die preussische Ausführungsverordnung vom 30. Mai 1903 geht von dieser Ansicht aus. Andererseits will man meinen, der Gesetzgeber habe die bisherigen Bestimmungen der Rassen hinsichtlich der Gewährung von Familienunterstützung nicht be-schränkt, sondern erweitern wollen. Ziffer 5 des § 21

setze voraus, daß den Ehefrauen von Rassenmitgliedern Wöchnerinnen-Unterstützung gewährt werden dürfe. Eine Auslegung, die nur den Wortlaut berücksichtigt und die Absicht und die Entstehungsgeschichte des Gesetzes außer Acht lassen, erscheine sinnwidrig und unflathhaft.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im verfloffenen Monat von ärztlicher Seite gemeldet: 15 Fälle (2 tödlich verlaufene) an Diphtherie, ein an Genickstarre, drei an Masern, zehn (ein tödlich verlaufener) an Scharlach und 43 Fälle an Typhus. — Wie man sieht, haben die Typhus-Erkrankungen im verfloffenen Monat einen ziemlich umfang angenommen.

Das Schulgeld ist für alle Schulen bis zum 15. August, Vormittags von 9—1 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr im Amtszimmer des Rechnungsführers, Glockengießerstr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldquittungsbücher zu entrichten.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Straße der Legidienstraße von der St. Annenstraße bis zur Königstraße vom 7. ds. Mts. ab bis zur Fertigstellung gesperrt.

Die Befreiung vom Vortzenzwang für Schiffe, welche hier beheimathet sind resp. regelmäßig nach hier fahren, sowie für Schleppdampfer ist abhängig gemacht worden von einer Prüfung, welcher sich die Schiffsführer u. zu unterwerfen haben. Die erste dieser Prüfungen findet am 13. August, 10 Uhr Vormittags, im Sitzungszimmer der Baudeputation, Kleiner Bauhof 15, statt. Gesuche um Zulassung zu der Prüfung sind unter Beifügung eines kurz gefaßten Lebenslaufes, sowie des Zeugnisses über die Befähigung zum Schiffer bezw. zum Seelteenmann halbtunlich schriftlich im Bauamt einzureichen.

Die Versteigerung des Grundstücks Glandorpsstr. 16, die auf morgen angelegt war, ist amtlich aufgehoben worden.

Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben im Monat Juli. Es gingen ein an: Einkommensteuer 35 269,32 Mk., Eisenbahnsteuer 460,08 Mk., Erbschaftsteuer 135 873,84 Mk., Veräußerungsabgabe 24 451,41 Mk., Stempelabgaben 8 038,70 Mk., Schiffsabgaben 42 995,95 Mk., zusammen 247 089,30 Mk. gegen 103 455,17 Mark im gleichen Monat des Vorjahres, demnach ein Mehr von 143 634,13 Mk., das auf die erhöhte Erbschaftsteuer-Einnahme zurückzuführen ist. Vom 1. April bis Ende Juli gingen 1 116 130,33 Mk. gegen 739 278,25 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres ein, mithin mehr 376 852,08 Mk.

Wegen vorzunehmender Ausbesserungsarbeiten wird die Straßenbrücke in der Hafenstraße von Montag, den 10. August d. Js. bis auf weiteres für den Wagenverkehr gesperrt. Der Wagenverkehr wird während der Zeit der Ausbesserungsarbeiten über die Eisenbahnbrücke dortselbst geleitet werden.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 17 Grad C.

Handelsregister. Am 5. August 1903 ist eingetragen: 1. bei der Firma H. Wiedow in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma W. F. L. Beth, Maschinenfabrik in Lübeck: Die Procura des H. W. C. Stachow und des Kaufmanns F. J. A. Leisner ist erloschen. Dem Kaufmann E. A. Buchholz und dem Obergerieur G. C. Zeig, beide in Lübeck, ist Procura erteilt mit der Beschränkung, daß jeder nur gemeinsam mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Firma befugt ist; 3. die offene Handelsgesellschaft in Firma Bland u. Freelandt in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: G. G. A. Bland, Kaufmann in Lübeck, F. F. L. C. Freelandt, Kaufmann in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 1. August 1903 begonnen.

Der „gepachtete“ Kinderwagen. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wurde in der Breitenstraße ein vor dem Hause der Firma Daniel Schiefinger stehender Kinderwagen gestohlen. Der Wagen ist aus gelbem Geflecht, hat Gummiräder und ist im Innern mit rotsafarbigem Stoff ausgelegt. In dem Wagen befanden sich weißüberzogene Kinderbetten, ein brauner Damenkleiderrock, ein brauner Damenkleiderrock, eine blaue Kinderjacke, ein Taschentuch (gezeichnet J. S.) und eine Milchflasche. Der Kleiderrock war mit zwei Reihen Sammet besetzt. — Von einem patronisirenden Schutzmann wurden gestern Abend gegen 8 Uhr in der Königstraße 2 Mädchen im Alter von 6 und 8 Jahren angehalten, welche einen ähnlichen Kinderwagen, in welchem sich ein kleiner Knabe befand, vor sich hergeschoben. Sie gaben an, von ihrer Mutter beauftragt zu sein, ihren Bruder spazieren zu fahren. Erst nach längerem hartnäckigen Zeugnen gestanden sie, diesen Wagen in der Breitenstraße fortgenommen und ihren Bruder in demselben hineingesetzt zu haben.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen einen hier wohnhaften Monteur wurde Anzeige wegen Unterschlagung von 430 Mk. erstattet. — Derselbe Schwindler, der einen im Schüsselbuden wohnhaften Schuhmacher um ein Paar Schnürstiefel betrog, hat in derselben Weise auch den Inhaber eines Schuhwaarengeschäftes in der Bekergasse geschädigt. — Von einem Wagen des Fuhrherrn Weiners wurde am 4. ds. Mts. in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, während welcher Zeit derselbe auf dem Marienkirchhof stand, eine Kette gestohlen. Der an der Kette befindliche Haken ist „M“ gezeichnet.

Witz. Amtliche. Wegen Behinderung des stellvertretenden Richters ist der Sprechtage des hiesigen Amtsgerichts vom 18. August d. Js. auf den 19. August d. Js. verlegt worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Festzug zum Flensburger Gewerkschaftsfest ist aus verkehrspolizeilichen Gründen verboten worden, desgleichen ein geplanter Kinderfestzug. Diese verkehrspolizeilichen Gründe sind nur dann vorhanden, wenn es sich um Arbeiter handelt. — Der Streik in dem Wilhelmshavener Schneidergewerbe ist noch nicht beigelegt, sondern wird um so heftiger entbrennen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch nicht angenommen und nun, soweit sie in der Arbeitervereinigung sind, sämtliche Gehälften entlassen. Der Differenzpunkt ist immer noch der Arbeitsnachweis. Es sind jetzt an 40 Gehälften ausgeperrt. Zugug ist ferngehalten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Nach den vom „Bureau Veritas“ in Hamburg veröffentlichten statistischen Listen sind im Monat Juni d. J. soweit es sich bisher hat ermitteln lassen, 34 Schiffe vollständig verloren gegangen und zwar 20 Segelschiffe und 14 Dampfschiffe. Darunter befanden sich 2 deutsche. Außerdem weist die Statistik noch 363 Schiffe auf, die durch Havarien u. i. v. Beschädigungen erlitten haben. Darunter befinden sich noch 21 deutsche. — Der technische Leiter der Glanzlicht-Kommanditgesellschaft in Altona, Schäfer, ist nach Unterschlagung bedeutender Summen und nach verschiedenen Wechseltäuschungen flüchtig geworden. — Eine die Aufnahme einer Inhaberanleihe von 20 Millionen bezweckende Magistratsvorlage ist von den Kieler Stadtcollegien angenommen worden. — Wegen Unterschlagung von 200 Mark, die er als Beiträge zur Landesbrandkasse in Quarndorf vereinnahmt hatte, verurtheilte die Kieler Strafkammer den Amtsekretär Geller zu 6 Monaten Gefängnis. — Wegen Aufkaufens des Kreuzers „Amazone“ im

Hafen von Brest am 1. Juni verurtheilte das Geschwaderkriegsgericht in Kiel den Kapitän-Leutnant und Navigationsoffizier Schade zu 8 Tagen Hausarrest. Der Kommandant Fregattenkapitän Gerdes wurde freigesprochen. — Bei der Explosion eines Spiritusloches erlitt ein in Warne münde bedienstetes Mädchen lebensgefährliche Brandwunden. — Der Forstmeister Köhler-Wredenhagen erschog den beim Wildern betroffenen Arbeiter Müller, Vater von 6 unermwachsenen Kindern. War es denn möglich, daß der Forstmeister den armen Menschen einfach niederknalle?

Hamburg. Waisenmädchen als Dienstmädchen. Die Direktion des Waisenhauses in Hamburg hat kürzlich folgende Bekanntmachung veranlaßt: „Denjenigen Herrschaften, welche Dienstmädchen von uns zu erhalten wünschen, wird bei Verabredung des Dienstverhältnisses mitgetheilt, daß unsere Mädchen dieselbe Freizeit in Anspruch nehmen müssen, welche sonst ortsüblich ist, also einen freien Abend in der Woche und alle drei Wochen einen freien Sonntagnachmittag. Leider klagen unsere Mädchen nicht selten, daß die Bitten um Gewährung von Freizeit kein Gehör finden. Wir bitten die Herren Waisenspieler und deren Helferinnen, uns nachdrücklich darin beizustehen und die Dienstherrschaften daran erinnern zu wollen, daß den Mädchen der Anspruch auf Erholung außerhalb des Hauses der Dienstherrschaft unbedingt zusteht. Es kann selbstverständlich Fälle geben, in denen eine vorübergehende Abweigung von der Regel stattfinden muß, Krankheiten, dringliche Arbeiten können ausnahmsweise eine Einschränkung des Ausgehens der Dienstmädchen nothwendig machen. Kein Mädchen wird der Herrin grob, wenn sie ihr den gewohnten Ausgehetag einmal entzieht, weil Noth am Mann ist. Aber die Regel muß bleiben, was oben gesagt ist. Der gelegentlich gedauerte Vorwand, daß dem Herumstreichen von leichtsinnig veranlagten Mädchen durch Entziehung der Ausgeh-Erlaubnis vorgebeugt werden soll, kann nicht als genügend angesehen werden.“ — Diese Kundgebung ist sehr vernünftig. Aber daß sie nothwendig wurde, das ist bezeichnend für unser von Humanität triefendes Zeitalter.

Kiel. Gegen den Milchwucher. Wie bereits kurz gemeldet, haben die Milchagrarier der Umgegend, die sich zu einem Ring zusammengegeschlossen hatten, die Milchpreise von 16 auf 18 Pf. pro Liter erhöht. Seitens der Konsumenten wird dieser Schröpfung nur der energischste Widerstand entgegengelegt und, soweit sich der Verkauf der Milch bis jetzt übersehen läßt, mit Erfolg. In verschiedenen Ortshäusern verkaufen die Meiereibesitzer die Milch bereits wieder zum alten Preise. Eine Genossenschaftsmeierei liefert ihre Milch sogar an ein Kieler Institut um einen halben Pfennig billiger als bisher, aus Furcht, sie könne den Kunden verlieren. In Heidenborj soll der Widerstand der Konsumenten organisiert werden; dort ist Aussicht vorhanden, daß genügend ringfreie Milch zu einem noch billigeren Preise als bisher beschafft wird. — Es wäre nur zu wünschen, daß es den Konsumenten gelingt, den Milchring zu durchbrechen. Ist das geschehen, dann sind die Milchagrarier die Besiegten. Dann werden sich auch die Milchwucherer in anderen Städten hüten, in Gestalt einer Milchwertheuerung einen Ueberlaß an der Bevölkerung vorzunehmen.

Rostock. Mecklenburgisches Kulturbild. Eine bittere Enttäuschung ist den mecklenburgischen Industrielehrerinnen zu Theil geworden. Seit Jahren haben sie auf Anweisung des Ministeriums Versicherungsmarken geklebt, um sich eine Rente zu sichern. Als nun jüngst die ersten Fälle eintraten, wo Anspruch auf Altersrente erhoben wurde, da sind den armen Industrielehrerinnen, meist Lehrerinnen, die Renten sowohl vom Schiedsgericht als auch vom Reichsversicherungsamt abgeprochen worden. Die Thätigkeit der Industrielehrerinnen wird als nicht versicherungspflichtig angesehen. Den armen Frauen sollen die Beiträge für die aufgewendeten Versicherungsmarken zurück-erstattet werden. Traurig sind die Besoldungsverhältnisse der Industrielehrerinnen, insbesondere soweit sie an den Schulen des Domaniums beschäftigt sind. Für sechs Wochenstunden im Sommer und acht im Winter beträgt das jährliche Einkommen 60,75 Pf. bezw. 90 Mark. Das macht kaum 30 Pfennige für die Unterrichtsstunde aus.

Friedland. Ich bedaure Sie und Ihre Stadt! Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz soll nach dem Stettiner „Volksboten“ dem Bürgermeister von Friedland, Rath Bok, sehr deutlich seinen Unwillen über sein Verhalten bei der Formeraus-sperrung auf dem Friedländer Eisenwerk ausgedrückt haben. Der Herr Bürgermeister hatte nämlich die Arbeiter zu sich kommen lassen, um sie unter der Androhung, daß sie aus ihrer Arbeit entlassen würden, wenn sie nicht aus dem Metallarbeiterverband austraten, zu nöthigen, um ihrem gesetzlichen Rechte aus § 152 der Gewerbeordnung Abstand zu nehmen. Der Herr Bürgermeister suchte seinen Zweck weiter dadurch zu erreichen, daß er auch noch objektive Unrichtigkeiten über den Metallarbeiterverband den Arbeitern gegenüber verwendete, um dadurch den Verband zu diskreditiren. In den bürgerlichen Kreisen Friedlands machte diese Art bürgermeisterlicher Sozialpolitik sehr viel Aufsehen und auch in der dortigen Presse nahmen die ins-folge des Vorgehens des Bürgermeisters thätiglich ausge-sperreten Former kein Blatt über die Unternehmer-Terroristen vor den Mund. Diese Thatsachen mügen nun auch bei Hofe bekannt geworden sein. Die Bürgermeister der mecklenburg-strelitzischen Städte waren nach den Reichstagswahlen zu Hofe nach Strelitz befohlen worden. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz dem Bürgermeister von Friedland in Bezug auf sein Verhalten in der die Ausperrung betreffenden Sache: „Ich bedaure Sie und Ihre Stadt!“ Dann drehte sich der Großherzog um und ließ den Herrn Rath Bok stehen. Herr Rath Bok soll darauf später, als er wieder in den Mauern der von ihm geleiteten Kommune war, erklärt haben, daß er nicht mehr zu Hofe gehe. Die Ausgesperreten sind sämtlich nach Beendigung der Kündigungskristen entlassen worden. Im Allgemeinen sind die Klassenbewußten Arbeiter in Deutschland gewöhnt, daß ihre Reingier bei Hofe sehr angelegene Leute sind. In Strelitz scheint man mit der mangelnden Sympathie des Großherzogs für die Schatzmacher eine Ausnahme zu machen. — Wie wir soeben aus unserem Mecklenburg-Parteiorgan ersehen, hält dasselbe die vorstehende Not für eine blanke Erfindung, der unser Stettiner Parteiblatt zum Opfer gefallen sei.

Oldenburg. Ein ganz eigenthümliches Verhalten beliebt der Staatsanwalt Dr. v. Oldenburg, um den Verfasser mehrerer angeblich beleidigender Artikel im „Reichsboten“ zu ermitteln. Er bittet nämlich in den hiesigen Blättern eine Bekanntmachung zu erlassen, in welcher er darauf hinweist, daß er zu dieser Zweite Broben der Handschrift veröffentlicht habe, jedoch habe sich eine genaue Wiedergabe der Handschrift im Druck nicht erreichen lassen. Der Staatsanwalt weist ferner da

Der Massenstreik in Südrussland.

Aus Rußland wird der „Betp. Volkstg.“ geschrieben: Der ganze südliche und südöstliche Theil Rußlands ist von einer großen Streikbewegung erfaßt. In Watu, Batum, Tiflis, Odessa und verschiedenen kleineren Ortschaften sind die Arbeiter der verschiedenen Gewerbe in Unruhe getreten. Die Regierung giebt bereits in der legalen Presse zu, daß der Ausbruch sich auch auf die Schifffahrt des Kaspischen und des Schwarzen Meeres ausdehnt. In Odessa streiken die Verkehrsarbeiter und auf der kaukasischen Linie auch die Eisenbahner. Die Regierung wüthet; den Schiffsfahrtsgeellschaften werden Marinefoliolen aus Sebastopol zur Verfügung gestellt, die ausländischen Arbeiter werden massenhaft in die Gefängnisse geworfen, und auch die Flinte bekommt Arbeit, denn unweit Tiflis haben die Behörden einen Zusammenstoß provoziert, der den Arbeitern viele Menschenopfer gekostet hat. Die Arbeiter sind auf das höchste gereizt und wollen sich mit allen Mitteln wehren, ja es heißt, sie wollen alles dem Erdboden gleich machen, wenn die Regierung ihr menschenmörderisches Vorgehen nicht ändert. Wenn die näheren Zustände in den betreffenden Gebietstheilen nicht unbekannt sind, der weiß, daß die Bewegung nicht unerwartet ausgebrochen ist, daß sie nur ein Glied in der langen Kette der Ereignisse im Kaukasus ist, die die Folge der Regierungspolitik in jenen Gebieten sind. Den Lesern wird vielleicht noch erinnerlich sein, daß die Matseier sehr demonstrativ besonders in Tiflis, Watu und Batum verließ, also in denselben Städten, wo jetzt wiederum die Bewegung so kraftvoll das Haupt erhebt. Es ist zu erwarten, daß jene Gebiete noch eine große Rolle in der weiteren Entwicklung spielen werden, und wir wollen deshalb hier einige Ausführungen über die Zustände und die sozialistisch-revolutionäre Bewegung dort beifügen.

Das russische Regiment macht sich gerade im Kaukasus doppelt fühlbar, wie das überall ist, wo die Regierung ihre Russifikationspolitik betreibt. Auch im Kaukasus wird nicht weniger russifiziert als in Finnland. Russifikation unter allen Umständen, Niederwerfung der nichtrussischen Bevölkerung unter der Krone der russischen Kirche, das ist das leitende Motiv auch im Kaukasus. Doch auch die Früchte bleiben nicht aus, denn in der Masse der Bevölkerung wird durch eine solche Politik erst recht der Nationalismus geweckt, der zum glühenden Haß gegen das offizielle Rußland angewachsen ist.

Die ersten Opfer der russischen Politik sind die Armenier. Wie freuten sich die Armenier über die Siege, die die Russen gegen die Muselmänner erkämpften, denn sie glaubten, in ihnen ihre Befreiung sehen zu müssen. Und tatsächlich führten sich die Armenier in der ersten Zeit unter der russischen Herrschaft etwas erleichtert. Es wurden verschiedene Maßregeln ergriffen, die den Wohlstand der einzelnen kaukasischen Völkergemeinschaften heben sollten; die kaukasischen Christen konnten friedlicher leben und die Armenier begannen auf Rußland als auf den Befreier und Beschützer zu schauen. Armenien bedeckte sich allmählich mit einem Netz von Volksschulen, und die armenische Presse, die in der Regierungszeit Alexanders II. eine verhältnismäßig größere Freiheit genoss, zeigte gute Fortschritte. Sie durfte damals noch freimüthig die Fragen des türkischen Armeniens besprechen und konnte offen für die armenischen Reformen eintreten, die der Berliner Kongreß von 1878 für notwendig befunden hatte. Die russische Regierung schaute durch die Finger, wenn die russischen Armenier ihren Brüdern in der Türkei selbst mit Waffen zur Hilfe kamen. Doch dieser Hortizmond war bald ausgeräumt. Die Regierung Alexanders III. zerstörte alles, was bis dahin Gutes geschaffen war; es trat die schwärzeste Reaktion ein, und die Verfolgungen der Religion und der Nationalität kamen an die Tagesordnung. Nach dem Kaukasus wurde der Fürst Dondukow-Korsakow geschickt, der die neue Aera eröffnete,

und es verging nicht ein Jahr, bis aus Petersburg der Befehl eintraf, daß sämtliche armenische Schulen geschlossen werden müssen. Der Befehl wurde selbstverständlich gleich ausgeführt; es wurden einige Hundert Schulen geschlossen und etwa 20 000 Schüler auf die Straße geworfen. Einige Jahre später wurden die Schulen wieder geöffnet, aber auf nur kurze Zeit; als der jetzige General-Kommandierende, Fürst Gollzin, sein Amt antrat, wurden die Schulen abermals geschlossen, und nun wohl für alle Zeiten. Fürst Gollzin ist ein treuer Freund Bobedonoszews, hat keine Bildung, will aber den Unwissenden spielen und ist bestrebt, besonders dadurch der Regierung zu imponieren, daß er immer wieder Revolutionen unter den Armeniern zu entdecken weiß. Gleichzeitig mit der Vernichtung der Schulen ging man an die Zerstörung der verschiedenen armenischen Wohlthätigkeits- und Bildungsanstalten. So wurde der Verein für die Herausgabe von Volkslesehüchern geschlossen. Auch die materiellen Mittel der Schulen und anderer Anstalten wurden konfisziert. Das Kontingent der armenischen Vertreter in den Stadtversammlungen wurde gekürzt, und die Armenier überall aus dem Dienst der öffentlichen Anstalten vertrieben. Die Presse wurde schonungslos verfolgt; die armenische Zeitschrift „Ardsjagan“, die gewagt hatte, auch nur leise gegen die Blätter der Unterdrückten zu protestieren, wurde verboten. Selbst das Blatt des armenischen Patriarchats kam unter die Zensur. Im Jahre 1896 schrieb der Oberzensor des Preßkomitees im Kaukasus nach Petersburg, man solle die armenische und grusinische Presse und Litteratur ganz verbieten, denn die Armenier und Grusiner sprächen schon russisch und hätten deshalb kein Bedürfnis nach einer selbstständigen Litteratur. Hierauf wurden die Bibliotheken in Dörfern und Städten, die für das Volk eingerichtet waren, verboten. Die religiösen Verfolgungen werden von den Behörden und von besonderen von der Regierung reichlich mit Mitteln versehenen „Vereinen zur Ausbreitung des orthodoxen Glaubens“ geleitet. Das armenische Patriarchat ist jetzt des Kirchengeldes beraubt worden, auf den der Wagen der russischen Kirche schon lange Appetit hatte. Den Bauern wird erzählt, daß sie Land bekommen sollen, wenn sie ihren Glauben verlassen u. s. w.

Und was sind die Resultate dieser Politik? Das Gegenteil von dem, was von Bobedonoszew und Gollzin erwartet wurde. Die Reaktion hat das Nationalitätsbewußtsein geweckt; der Kampf gegen die russische Regierung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die Armenier, die bisher als die treuen Unterthanen erschienen, denen jede Politik fremd war, gehen zur Opposition über. Doch am bedeutungsvollsten ist die Thatsache, daß die verschiedenen Völkergemeinschaften des Kaukasus, die der Fürst Gollzin gegeneinander beizen wollte, immer enger sich zusammenschließen und die führenden Kräfte des Landes immer mehr als den gemeinsamen Feind — den Zarismus erkennen.

Diese Annäherung der Völker hat der Sozialismus bewirkt, der in die weitesten Kreise Eingang gefunden hat. Die sozialistische Propaganda hat bereits alle größeren Punkte des russischen Armeniens ergriffen und findet besonders schnelle Ausbreitung in den ökonomisch fortgeschrittenen Städten Watu, Batum und Tiflis, wo eine starke Fabrikarbeiter-schaft entwickelt ist. Die armenischen Arbeiter stehen noch in enger Verbindung mit dem flachen Land. Ihr Grundbesitz ist aber so klein und die Steuerlast so groß, daß sie in der Stadt Arbeit suchen müssen; wenn sie einige Groschen zusammengebracht haben, dann ziehen sie wieder zurück in die Dörfer. Doch dieser Zustand legt der Propaganda nicht die geringsten Hindernisse in den Weg, weil eben die Regierung so fleißig am Werk ist. Die Propaganda wird in kleinen Parteien und durch Flugblätter und Broschüren geführt. Verschiedene Streiks haben die armenischen Arbeiter zu solidarischem Vorgehen herangebildet und die Demonstrationen, die in der letzten Zeit in den genannten Städten organisiert wurden, haben die Kraft des armenischen

Proletariats gestärkt, so daß sie an eine Bewegung denken konnten, wie wir sie jetzt sich abspielen sehen.

„Die Befreiung des armenischen Volkes wird nur dann stattfinden, wenn der Zarismus in Rußland gestürzt ist.“ schrieb Friedrich Engels im Jahre 1894 an eine Gruppe armenischer Studirenden in Stuttgart. Diese Lehre haben die armenischen Arbeiter als Wegweiser genommen, und nur eine Uebersetzung waltet heute, daß die Befreiung der Armenier von dem Joch der Türkei und dem Joch Rußlands eigentlich nur eine Frage ist: die Frage des Kampfes gegen den russischen Absolutismus, der jetzt mit einer solchen Wucht eingeseht hat. Nicht Interpellationen und Kongresse werden die armenische Frage lösen, sondern die Arbeiter, die heute in Tiflis, Watu, gestern in Slatoust, morgen vielleicht in Riga und Petersburg die Aufrufsfahne erheben. Der armenische Sozialismus wird der Befreier des armenischen Volkes sein, und darum verdient er es, daß der jetzige Kampf der westeuropäischen Arbeiterschaft nicht fremd bleibt.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Fliesenleger beschlossen, überall, wo der verlangte Minimallohn von 80 Pf. nicht bewilligt wird, die Arbeit einzustellen. Gleichzeitig soll das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen werden. — Die Berliner Feilenhauer haben am 3. August, nachdem die Zinnung den neuen Tarif als absolut unannehmbar erklärt hat, geschlossen die Arbeit niedergelegt. — Die Maurer in Eisenach haben auf Grund eines Schreibens der Bau-gewerksinnung, in welchem erklärt wurde, daß über die gestellten Forderungen der Gesellen erst verhandelt werden könne, nachdem die Sperre über die Firma Aug. Stein aufgehoben sei, diese Sperre aufgehoben. Die Zinnung hat darauf die Sperre ebenfalls aufgehoben. Die Maurer haben aber gleichzeitig beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis die gestellten Forderungen bewilligt resp. eine Einigung darüber erzielt ist. Der Bezug ist also nach wie vorher streng fernzuhalten.

Terrorismus der Holzindustriellen. Der Schußverband der Arbeitgeber für das Holzgewerbe Deutschlands hat infolge des Massenstreiks der Kasseler Tischler folgende für seine Mitglieder „bindende“ Scharfmacherbestimmungen erlassen: „Jeder irgendwie entbehrliche Arbeiter wird sofort entlassen. Bis zur Erledigung des Tischlerstreiks in Kassel wird kein neuer Arbeiter eingestellt. Den Vorständen der Ortsverbände wird es zur Pflicht gemacht, das ihnen zustehende Recht der Kontrolle ihrer Mitglieder auf das allerstärkste zu handhaben und Zuwiderhandlungen geschäftlich-ordnungsmäßig zu ahnden, namentlich soll darauf geachtet werden, daß kein Tischler aus Kassel und Umgegend beschäftigt wird.“ — Das ist die Ausspernung in aller Form! Die Suppe wird wohl nicht so heiß gegessen werden, wie die Scharfmacher vom Holze sie gekocht haben; es ist schon durch die Organisation der Holzarbeiter dafür gesorgt, daß die Bäume der rabiaten Unternehmer nicht in den Himmel wachsen.

„Guten Tag, Streikbrecher!“ hatte der Dachdecker-gehilfe Rudolf B. in Leipzig einem ihm gut bekannten Arbeitswilligen zugerufen; später soll er ihn auch noch „ein Stück Sch...“ genannt haben. Das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb wegen Beleidigung und Vergehens gegen § 1 der Gewerbeordnung zu vierzehn Tagen Gefängnis.

Weiter geht's wirklich nicht mehr! Aufsichtspostkarten mit einer Aufnahme der Ankunft Babels auf dem Dessauer Bahnhof am 21. Juni 1903 empfiehlt in unserm Anhalter Parteiblatt die dortige Volksbuchhandlung. Wenn das Dessauer Beispiel Nachahmer finden sollte, bemerkt sehr richtig die „Ragd. Volkst.“, der wir diese Nachricht entnehmen, werden wir den bürgerlichen

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

83 Fortsetzung.

„Nein, Bärbel, beruhige Dich,“ sagte die Gräfin, sich gewissam fassend, „ich weiß, Du kannst nichts dafür; Du bist ein gutes Kind und hast nur Deinen Auftrag ausgeführt. Also ist der Mann wirklich so krank und kann nicht ausgehen?“

„Ach Du lieber Gott,“ sagte die Kleine, „nicht einmal tragen können sie ihn. Aber er wird den Ring doch nicht geflohlen haben?“

„Nein, Kind, ich glaube nicht,“ sagte die Gräfin; „ich — ich werde ihn selber fragen — vielleicht hat er ihn gefunden.“

„Und er gehört Euch?“

„Ja, Bärbel. Aber nun geh nach Hause. Sag' ihm, wenn ich heute spazieren gehe, würde ich bei Euch vorkommen und, wenn er so krank ist, sehen, ob sich etwas für ihn thun läßt.“

Bärbel sagte. Es war fast, als ob sie noch etwas sagen wollte; aber sie brachte nichts mehr heraus und schien auch froh, wieder fort zu kommen, denn die Sache mit dem Ring ging ihr doch noch immer im kleinen Kopf herum.

In einer merkwürdigen Unruhe aber verließ sie die Gräfin, denn kaum hatte sie die Thür hinter sich zugeworfen, als sich diese in einen Fausthieb warf und, ihr Antlitz mit den Händen bedeckend, eine lange Weile regungslos sitzen blieb; dann sprang sie auf und betrachtete wieder den Ring — war es, daß ein Zweifel in ihr aufstieg, ob es der rechte sei? Sie hielt ihn gegen das Licht und prüfte ihn genau, und ging dann, während sie ihn an ihren Finger schob, mit unruhigen Schritten in dem Gemach auf und ab. Plötzlich, wie zu

einem Entschluß gekommen, blieb sie am Tisch stehen und klingelte.

„Der Haushofmeister soll hereinkommen.“

Der Diener schloß die Thür wieder, und nach einer Weile kam der alte Mann und fragte, was die Gräfin befehle.

„Fußmann,“ sagte die Frau Gräfin, welche indessen ihre ganze eiserne Ruhe wiedergewonnen hatte, „was für ein Mensch ist das eigentlich, den in jener Nacht der Förster geschossen hat? Wo kommt er her und wie lange ist er schon da?“

„Ja, Frau Gräfin,“ sagte der alte Mann achselzuckend, „viel und Genaues bin ich auch nicht im Stande, Ihnen darüber zu sagen. Ich weiß nicht einmal seinen vollen Namen, denn hier auf dem Schlosse wurde er nur immer Fritz oder, wie ihn die Leute nannten, der alte Fritz geheißen, der sich, wie alle derartigen Subjekte, im Lande herumtreibt und dort eine Zeit lang bleibt, wo er Beschäftigung findet.“

„Und wie lange ist er hier?“

„Es mögen jetzt drei oder vier Jahre her sein, daß er in die Gegend kam, ich weiß es wirklich selber nicht einmal mehr genau; es war das Jahr, wo die Maulwürfe so überhand genommen hatten, und in deren Vertilgung zeigte er sich außerordentlich geschickt. Nachher war er einmal wieder von Zeit zu Zeit fünf bis sechs Monate verschwunden, dann kam er wieder. Jetzt mag er auf's Neue seit zwei Monaten in der Gegend sein, und der Förster hatte ihn schon lange in Verdacht, daß er nicht bloß den Maulwürfen und anderem Ungeziefer nachstellte; er war aber zu schlau, als daß er ihn erwischt konnte, und nur in — in jener Nacht mochte er sich vielleicht sicherer fühlen als sonst, und hatte wohl nicht geglaubt, daß der Förster auf seinem Posten wäre.“

„Und hat er sich zu Zeiten auch im Schlosse selber gezeigt?“

„Nein, Frau Gräfin. Es ist eigentlich ein sonderbarer Kauz; mit den Bedienten hat er nie verkehrt, und die haben ihn auch deshalb immer verspottet, daß er stolz wäre. Es scheint ein heruntergekommenes Subjekt, das vielleicht einmal bessere Tage gesehen hat. In der letzten Zeit fing er aber auch an, sich dem Trunk zu ergeben, und das muß ihn jetzt besonders so krank gemacht haben. Ich fragte vorhin den Doktor; er wird's nicht lange mehr machen. Der Brand ist zu der Wunde gekommen, und da sich das Bein nicht amputieren läßt, wird er wohl seinen letzten Jagdsretzel verübt haben. Mir thut's Leid um den Förster, der kommt dadurch gewiß in Ungelegenheit, und hat sich doch nur seines eigenen Lebens gewehrt. Außerdem macht er sich ein Gewissen daraus, den armen Menschen so schwer getroffen zu haben.“

Die Gräfin stand am Fenster und sah gedankenvoll hinaus. Der Haushofmeister blieb an der Thür. Sie hatte ganz vergessen, daß er im Zimmer war. Nach einer Weile fragte er endlich: „Befehlen Sie sonst noch etwas, Frau Gräfin?“

„Ich? — Nein — ja so — es ist gut, Fußmann; ich danke Euch!“ Und der alte Diener verließ geräuschlos das Gemach.

Oben im kleinen Gärtnerhäuschen ging es mit dem Kranken recht schlecht. Der Ober-Medizinrath war dort gewesen, hatte sich die Wunde angesehen und Alles, was bis jetzt dafür geschehen war, gutgeheißen. Aber es stellte sich schon wieder ein Fieber ein. Der Verwundete schien von einer merkwürdigen Unruhe erfaßt zu sein und klagte auch über Schmerzen im Körper, über ein kampfhaftes Gefühl in der Herzgegend. Der Ober-Medizinrath verschrieb Ruhe und Eisumschläge und als einzige Nahrung eine dünne Wasserjuppe; dann nahm er Gut und Stod und verließ den Patienten.

Bärbel war zurückgekommen und zum Kranken hinüber gegangen; aber die alte Rosie saß noch im Zimmer, und sie

Parteien bald auf dem Gebiete des Personenkultus nichts mehr vorzuwerfen haben!

Ein Dokument von unserer Zeiten Schande nennt mit Recht die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ einen Brief, den ein armer, zum Krüppel gewordener Bergmann an die Regierung geschrieben, von der er ohne Angabe eines Grundes, anscheinend auf eine schamlose Denunziation hin, entlassen wurde. In seiner Noth schrieb der Arme einen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

Ich arbeite jetzt bereits vier Jahre hier auf Beche Breußen I, habe meines Wissens und Denkens noch zu jeder Zeit meine Pflicht gethan, bin regelmäßig angefahren (bis dahin wo ich verunglückte), habe mich weder mit einem meiner Beamten, noch mit einem Kameraden überworfen und nun auf einmal ohne zu ahnen etwas verbrochen zu haben kriegt ich den Schlag gefündigt zu sein. Ich bin vor zwei Jahre im Stö; 5 im Ofen im Pfeiler verunglückt und habe einen Fußbruch erlitten; (woburd ich Unfallkandidat bin) nach 17 wöchentlichen Krankheitszeit dankte ich Gott, daß es so halberleidend und konnte wieder anfahren, ich arbeitete dasmal bei Herrn Steiger Daubentped. Jetzt arbeite ich in Revier 6 bei Herrn Steiger Baumgärtner, welcher auch Em. Wohlgeb. befohlen wird, daß ich mir bis jetzt nichts habe zu schulden kommen lassen, daß ein Grund zur Kündigung vorläge. Nun habe ich aber in Erfahrung gebracht, daß wieder mich ein Complot sich geschmiebelt hat mich in's Verderben u. von hier hinaus zu bringen, weil sie mich im Verdacht haben ich hätte sie wegen ihrer Unzucht angezeigt. Nun haben diese Sorte von Menschen nichts besseres gewußt als mich beim Kolonieverwalter und beim Herrn Betriebsführer anzuzeigen, ich hätte großeartige sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, woran ich in meinem Leben noch nicht gedacht, noch hier in Deutschland daran denken konnte, so etwas zu unternehmen u. ich es doch überhaupt nicht im Stande wäre so etwas anzujagen da ich doch ein Ausländer (Ungar) bin u. von Sozialdemokratie u. Politik erstens keinen richtigen Verstand u. zweitens doch auch kein Interesse dafür habe, indem ich doch als Ausländer zu nichts, weder Wahl noch sonst etwas berechtigt bin. Ich appelliere daher an Em. Wohlgeb. Menschenfreundlichkeit, Gütigkeit u. Menschenkenntnis ob das wohl ernst sein sollte, einen unglücklichen jungen Mann von 30 Jahren, der hier in seiner Arbeit zum Krüppel geworden ist u. trotzdem sich bei allen Schmerzen alle Tage quält u. müht um für sich, sein liebes Weib und vier arme Kinder das tägliche Brod zu verdienen, daß ich mit meiner armen Familie wegen solchem rachsüchtigem, verleumdertischen Volk, (welches doch hier klar beweisen ist einen Nachschuß anzuführen) dem Verderben anheimgegeben werden sollte. — Ich bitte daher nochmals Em. Wohlgeb. indem es mir nicht möglich ist daß ein Mensch der kein Wissen von solchen Sachen hat u. bloß durch Rache dem Herrn Betriebsführer Delat (ohne Untersuchung) preisgegeben werden kann — meine Angelegenheit in die Hand zu nehmen u. in ein himmelstreichendes Unrecht gegen ein arme Familie — wo der Mann hier seine Gesundheit in seinem Beruf gelassen hat — abzuwenden. In der Hoffnung das meine herzlichste Bitte bei Em. Wohlgeb. gütigst Ansehen finden möge u. auf baldigen gütigen Bescheid (daß ich dieses hangen Baumgärtner loswerden könnte) hoffend unterzeichnet sich

Hochachtungsvoll
ergelien

Reperem. Jauer
Marken-Nr. 1159.

Und der Erfolg dieser Bittschreie? Bei seiner mündlichen Vorstellung wurde dem Gefährten und Geängstigten gesagt, er solle erst einen Monat auf einer arden Arbeit arbeiten, dann wiederkommen, um Verzeihung bitten (was für?), begehren, daß er sich gebessert habe und versprechen, nicht wieder zuartig zu sein!

Wegen Verleumdung der Reichs-Postverwaltung durch einen Artikel über die neuen Sigen der Briefträger sollte sich am Sonnabend der Genosse Seiner als verantwortlicher Redakteur des hannoverschen „Volkswillen“ vor der Strafkammer in Hannover verantworten. Im Verlauf der Verhandlung stellte sich heraus, daß der

Strafantrag unzureichend sei, weil die Reichs-Postverwaltung die Oberpostdirektion in Hannover nicht zur Stellung des selben beauftragt, sondern einen Strafantrag nur genehmigt hatte. Der Staatsanwalt beantragte Verhandlung der Verhandlung, damit er den Strafantrag vervollständigen könne, während vom Verteidiger Einstellung des Verfahrens beantragt wurde. Die Verathung des Gerichts über diese Anträge war nur von ganz kurzer Dauer, und der Präsident verkündete, daß das Gericht den vorliegenden Strafantrag nicht für ausreichend erachte. Die Strafantragsfrist sei noch nicht abgelaufen und das Gericht habe Verhandlung der Verhandlung beschlossen, um der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zu geben, einen ausreichenden Strafantrag beizubringen! Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Ein solches Verfahren entspricht entschieden nicht dem Sinne des Gesetzes. Das Verfahren ist bei unzureichendem Strafantrag einzustellen. Es ist nicht Sache des Staatsanwalts, in solchen Fällen, wo ihm durch Gesetz das Eingreifen ohne Antrag unmöglich gemacht ist, zur Herbeiführung solcher Anträge eine umfangreiche Anmüherthätigkeit zu entfalten. Es ist Sache der angeklagten Behörde, für ihre Anträge die richtige Form zu finden.“ Das mag schon alles seine Richtigkeit haben, indessen scheinen sich die Gerichte in Deutschland zu dieser streng juristischen Auffassung nicht zu bekennen. Wir sprechen in dieser Hinsicht aus eigener Erfahrung. Am Sonnabend den 13. Februar 1897 hatten sich vor der Südböcker Strafkammer die Genossen D. Friedrich und E. Bartels wegen Verleumdung der hiesigen Schützmannschaft zu verantworten. In den „Zentralblättern“ hatte eine Volksversammlung stattgefunden, die sich mit dem Vorgehen der Polizei gegen die hiesige Streikende beschäftigte. In dem Bericht, der nun über diese Versammlung im „Volkswillen“ erschien, erblühte das Polizeiamt eine Verleumdung, die Sühne erheischte, und es wurde insolge dessen ein hochnotpeinliches Verfahren angestrengt, gegen Bartels als Referenten, und gegen Friedrich, weil er im „Volkswillen“ das Referat u. s. w. wiedergegeben hatte. Als der Staatsanwalt gegen jeden der beiden Sünden sechs Wochen Gefängnis beantragt hatte, zog sich die Hoppensiedt Kammer zur Urtheilsfindung zurück. Nach kurzer Frist erschien sie jedoch wieder mit der Ankündigung, daß die Verhandlung auf Dienstag vertagt sei; die Staatsanwaltschaft möge erst eine Erklärung des Polizeiamts darüber herbeiführen, „ob der gefällte Strafantrag sich sowohl gegen Bartels, als den Redner in der Versammlung vom 1. Dezember, als auch gegen Friedrich, den derzeitigen verantwortlichen Redakteur des „Volkswillens“ richten sollte, da der vorliegende Strafantrag in seiner jetzigen Fassung dies zweifelhaft erscheinen lasse.“ Am Dienstag darauf war die Erklärung des Polizeiamts eingelaufen und Friedrich wurde zu 6 Wochen, Bartels zu 4 Wochen Marzfall verurteilt. Und das „von Rechtswegen“!

Das Wiedererfassungverfahren in der Verleumdungssache gegen Genossen Dämmig in Halle gründete sich darauf, daß nach späteren Erkundigungen der Arbeiter Pölsing mit der ihm übergebenen Summe doch unkorrekt verfahren war. Er hatte die 80 Mk. betragende Summe an einem Abend verjubelt und sie dann durch Abhebung von einem Sparkassenscheine seines Vaters gedeckt. In der ersten Verhandlung war, da Dämmig die Rennung des Genährmannes verweigert hatte, ohne Zungenvernehmung verhandelt worden. Jetzt mußte Pölsing zugeben, daß es sich so verhalte, wie ihm vom Verteidiger Dämmigs vorgehalten wurde. Der Staatsanwalt gab zu, daß Pölsings Verhalten „nicht ganz kofcher“ war; Verleumdung liege aber vor, da P. das Geld gedeckt, also nicht unterschlagen habe. Diese Ansicht ist im Munde eines Sachjuristen mindestens seltsam. Objektiv liegt ganz zweifellos eine Unterschlagung vor; ob dem Pölsing, wenn er wegen der Sache als Argelagter vor Gericht gekommen wäre, der Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit zugerechnet worden wäre, ist äußerst zweifelhaft bei dem Umstande, daß er den Defekt nicht aus eigenen bereiten Mitteln, sondern aus Mitteln seines Vaters, die in Sparkassenscheinen angelegt waren, gedeckt hat. Handelt es sich doch um eine That, bei der schon der Versuch strafbar ist. Es muß deshalb die Verurteilung Dämmigs zu 300 Mk. Geldstrafe, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zede erfolgte, als ganz ungerechtfertigt bezeichnet werden.

Wegen eines Hochs auf den Reichstagsabgeordneten Lipinski sieben Tage Haft erhielt von der Amtshauptmannschaft Grimma ein Arbeiter K. Fischer. Der Genannte hatte sich in dem zu der Amtshauptmannschaft Grimma gehörigen Dorfe Hschem am 16. Juni im Wahllokal posirt. Als sich nach Schluß der Wahlhandlung bei der Auszählung der Stimmen herausstellte, daß Genosse Lipinski eine erkledliche Mehrheit hatte, betrat zufällig Genosse Lipinski selbst, der mit dem Kabe angekommen war, das Wahllokal. Kurz darauf brachten die anwesenden Arbeiter ein Hoch auf den Genossen Lipinski aus. Wie überrascht hiervon die mitanwesenden Ordnungsteute waren, kann man sich denken. Da der Genosse Fischer der Urheber des Hochs gewesen sein soll, erhielt er jetzt die angegebene Strafe nebst Aufforderung zur Bezahlung der 6,50 Mk. betragenden Kosten. Natürlich flüht sich die Strafverfügung auf den großen Unzufugparagrafen. Ob wohl die Ordnungsteute bestraft worden wären, wenn sie auf ihren Kandidaten ein Hoch ausgebracht hätten? Hoffentlich kommt es in diesem Falle zur richterlichen Entscheidung.

Sozialistischer Fortschritt in Serbien. Nunmehr hat auch, wie schon kurz berichtet wurde, Serbien seine sozialdemokratische Partei, deren formelle Gründung von dem Arbeiterverein in Belgrad beschlossen wurde. Der Kongress war von etwa 500 Personen besucht. Ferner wurde der Entwurf zu einem Arbeiterschutzesgesetz ausgearbeitet. Nachmittags fand ein Umzug der Arbeiter durch die Stadt statt, bei dem eine rote Fahne voran getragen wurde. Auch das Lokal, in dem der Kongress abgehalten wurde, wies rote Fahnen und rote Dekorationen auf. Aus Brüssel traf vom internationalen sozialistischen Bureau ein Begrüßungsstelegramm ein. Die Partei stellt sich völlig auf den Boden des Erfurter Programms.

Aus Klub und Stern

Dresden. Direktor Wauer von der kürzlich mit 1 Million Mark Kapital gegründeten Licht-Gesellschaft wurde als des Betruges verdächtig am Sonnabend verhaftet. Angeblich hat er Patente nach Oesterreich-Ungarn in unredlicher Absicht veräußert.

Ein Soldatenschinder stand in der Person eines Unteroffiziers der 2. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 69 vor dem Kriegsgericht in Trier. Die äußerst brutalen Mißhandlungen waren vom Oktober vorigen Jahres bis zum Juni dieses Jahres begangen. Der Angeklagte hat fortgesetzt seine Untergebenen geohrfeigt, gestochen und getreten. Einen Soldaten, der im Bett lag, hat er mit der Faust gegen den Kopf geschlagen und mit einem Stiefel mißhandelt. Einen bereits ganz abgematteten Muskettier stellte er an den glühenden Ofen und ließ ihn mit zwei aufeinander gestellten Schemeln Gewehr präntieren. Das Gericht verurtheilte den Kerl zu sechs Monaten Gefängnis und zur Degradation.

Es geht auch ohne Leg Peinze. Wie das „Mainzer Tageblatt“ erfährt, ist einem Feiseur zu Mainz von einem Kriminalbeamten befohlen worden, aus dem Schaufenster die Frauenbüste zu entfernen, oder ihr etwas ausgechnittenes Kleid mehr zum Hals hinaufzuführen, weil die Büste das Schamgefühl von Vorübergehenden verletz habe. — Wenn schon das weit ausgechnittene Kleid einer leblosen Wachsfigur das Schamgefühl des sittenstrengen Kriminalisten „gröblichst verletzt“, so würde der Mann jedenfalls vor „Scham“ in den Boden versinken, wenn er einmal in die Lage käme, einen Ball der Mainzer „besseren“ Gesellschaft zu besuchen.

Wie es mit der vielgerühmten Sittlichkeit auf dem Lande bestellt ist, zeigt ein recht trostlos Fall aus Oberlangensfeld bei Bamberg. Der Dienstherr Ober hatte sich in brutaler Weise an der siebenjährigen Tochter seines Dienstherrn vergangen, und selbst die Brüder des Kindes, Burschen im Alter von 15 und 17 Jahren, machten sich sittlicher Verfehlungen an der eigenen Schwester schuldig. Diese Gräuße fanden ihre Ahndung vor der Strafkammer in Bamberg, welche das würdige Kleebblatt zu längeren Freiheitsstrafen verurtheilte.

Jekaterinostaw. Ausgedehnte Rapphthauellen wurden im Kubangebiet entdeckt.

Newyork. Wegen Trunkenheit wurde hier die Wittve des früheren Präsidenten Barrio von Guatemala verhaftet.

wachte nicht, ob sie in deren Gegenwart etwas von dem Ring und der Frau Gräfin ersehen durfte. Aber der Kunde kam ihr zu Hilfe.

„Kofie, sagte er, „gebt mir doch einen Trunk frisches Wasser. Kein, nicht von dem,“ sagte er, „als die Alte ihm aus dem Kofe einstecken wollte, das jetzt schon so lange im Zimmer; bitte halt mir frisches, gleich vom Brunnen.“

„Geh hin und bring mir Wasser,“ rief die Alte, „und hol mir frisches Wasser.“

„Nein, geht Ihr mir selber; die Barbel soll mir in der Hand das Glas wieder ansetzen, sie verpackt's so gut.“

„Ne, ich dachte, ich hätte's auch immer geglaubt gemacht.“

„Ja, Kofie; aber bitte, laßt's jetzt einmal die Barbel thun.“

„Ja, mirinwegen; mir laßt's recht sein.“

Die alte Person war ein wenig in ihrer Egre getraut, aber sie nahm den Ring mit und handelte damit, immer noch für ihn zu sorgen, die Treppe hinauf.

„Nun, Barbel, halt Du's angesetzt?“

„Ja; ich hab's auch ja verpackt.“

„Gutes Kind; und ihr selber gegeben?“

„Nun was sagt sie?“

„Er wundern sich, wie Ihr zu dem Ring kamt. Halt Ihr ihn gefunden, Kaufmannsring?“

„Ja, Kind, ich hab' ihn gefunden im Park hinter dem Haus.“

„Und wie sie kommen? Sagte sie es Dir?“

„Er will nachkommen, wenn sie herkommen geht, und sehen, ob es auch ein was ist.“

Der Kunde schaute tief auf.

„Barbel!“

„Kein; in der linken Tasche steht ein blanker Thaler.“

„Hast Du ihn gefunden?“

„Ja, da ist er.“

„Behalt ihn, Barbel, den sollst Du haben.“

„Den ganzen Thaler?“

„Ihn? Ihn in Deine Spardösche, Kind.“

„Aber darf ich denn das viele Geld behalten? Großvater sonst gewiß.“

„Behalt es mir zum Andenken, ich laß Dir ja doch sonst nichts geben, und Du hast mich so oft gepflegt.“

„Aber das muß ich dem Großvater sagen, heimlich darf ich ihn nicht behalten.“

„Sag's nur dem Großvater, Kind, er wird Dir's erlauben. So, und nun leg mir das Eis auf; die Kofie wird gleich wiederkommen. Oh Gott, wie das fener und kofst! Da wirp's nicht mehr oft zu thun brauchen, Barbel.“

Es war fast, als ob das viele Sprechen oder auch vielleicht die gerade von dem Kofe verbotene Aufregung ihn übermäßig angegriffen habe. Er schloß die Augen, war sehr blaß geworden und lag still und regungslos auf seinem Bett.

Die Kofie wollte ihm das verlangte Wasser geben; aber er antwortete ihr gar nicht, und Barbel selber schlich sich leise hinunter, um den Großvater im Park anzufinden und ihm das Geld zu zeigen.

Etwa nach einer Stunde öffnete der Kranke die Augen wieder und sah sich verpört an. Nur die Kofie war bei ihm im Zimmer.

„Ob er was haben wollte? Nein; er schien nur ruhig, aber die alte Frau auch keine Person, gegen die er sich aufregen konnte. Er schüttelte mit dem Kopf und horchte nur immer hoch auf, wenn sich unter im Hause etwas regte. Immer heftiger wurde dabei sein Fieber, und das vorher so blasse Gesicht wurde jetzt schrecklich in weißer Bluth.

Die Kofie war wieder einmal hinunter gegangen, um

etwas zu besorgen, als sie plötzlich rasch die Treppe heraufkam und mit ängstlicher Stimme sagte:

„Herr, Du meine Güte, die gnädigste Frau Gräfin ist selber unten und will heraufkommen — die Ehre! Und wie's hier aussieht — na, die wird schon schauen! Aber wer hat daran auch gedacht?“ Und dabei schob sie hastig Alles aus dem Wege, was sich eben nicht gut zeigen ließ, und wuschte noch mit ihrer Schürze den einen dem Bett gegenüber stehenden Stuhl ab, auf dem sie gewöhnlich saß, als die Thür schon aufging und die hohe, stattliche Gestalt der Gräfin auf der Schwelle stand.

Das kleine Gemach hatte vielleicht noch nie so ärmlich ausgesehen, als in dem Augenblick, wo die elegante Gestalt der Dame in ihrem schwarzen rauschenden Seidenkleide darin erschien, und der ängstliche, schneue Blick, den sie darin umherwarf, zeigte, daß sie das fühlte. Aber im nächsten Moment hastete ihr Auge schon fragend und forschend auf dem Antlitze des Kranken, der, als er ihren Schritt auf der Treppe hörte, unwillkürlich emporgezuckt war, vom Schmerz gebannt aber in seine alte Lage zurückkam und flaster die Zähne zusammengebissen auf seine Decke niedersank.

Ganz versteinert über die „hohe Ehre“ stand indessen die Kofie in der Ecke und knigte nur einmal nach dem andern, um dem vornehmen Besuch ihre Ehrfurcht zu erweisen.

Aber die Gräfin, deren Blick nur über sie hinglitt, sagte leise: „Geh's Sie hinunter, gute Frau, ich habe mit dem Kranken etwas zu sprechen.“

„Ja Befehl, Frau Gräfin.“

„Und kommen Sie nicht eher wieder herauf, bis ich Sie selber rufe.“

„Ja Befehl, Frau Gräfin.“

Die Alte war seelenfroh, da oben weg zu kommen, und wie ihr die Gräfin nur so viel Raum an der Thür ließ, daß sie hindurch konnte, ohne auf ihr Kleid zu treten, schob sie die Treppe hinauf.

(Fortsetzung folgt.)